

BETEILIGUNGSRECHTE **CDU gegen mehr Demokratie**

In der BERLINER STIMME 11 (Seite 13) findet sich ein Bericht über die beabsichtigte Möglichkeit in das Grundgesetz mehr direktdemokratische Elemente einzufügen, das im Bundestag durch die Verweigerung der CDU nicht die notwendige Mehrheit erhielt.

Im Abgeordnetenhaus erarbeiten die Koalitionsfraktionen SPD und PDS zurzeit in ihren Arbeitskreisen weitere Möglichkeiten direktdemokratischer Beteiligung der Bürger in den Bezirken. In diesem Zusammenhang gab es kürzlich eine Podiumsdiskussion zu diesem Thema in der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Diese Diskussion war insoweit interessant, weil der CDUVertreter Andreas Gram, Vorsitzender des Rechtsausschusses im Abgeordnetenhaus, seine Ablehnung derartiger Regelungen sehr offen formulierte: "... derartige Regelungen seien doch nur das Einfallstor für besonders engagierte Gruppen". Liest man diesen Satz im Rückschluss, so bestätigt sich die Überschrift in der Berliner Stimme: Die CDU will keine engagierten Bürger, schon gar nicht wenn diese effektive formalisierte Verfahren zur Beteiligung nutzen können.

Den Stoibers und Kochs wäre wahrscheinlich noch immer die "formierte Gesellschaft" eines Rüdiger Altmann aus den sechziger Jahren am liebsten.

Bernd Schimmler, MdA

BS21062002